

Lost in Translation?

Sich verändernde Beschaffungsprozesse, Absatzwege und Kommunikation: Die Digitalisierung verändert die Wirtschaft in vielen Bereichen und stellt etablierte Geschäftsmodelle in Frage. In atemberaubender Geschwindigkeit werden ganze Branchen umgewälzt. Die technologische Beschleunigung macht Um- und Neudenken erforderlich. Industrie 4.0, Arbeiten 4.0, E-Commerce, IT-Sicherheit, Datenschutz und Datenhoheit sind nur einige Stichworte und Gegenstand vieler Kongresse und Konferenzen. Gerade der Mittelstand kommt durch finanzstarke Marktteilnehmer, die technologische Veränderungen vorantreiben, unter Druck.

Geschäftsmodelle haben immer kürzere Lebenszyklen und Unternehmen müssen schneller werden. Es reicht nicht mehr, einmal ein Erfolgsmodell zu entwickeln und dann darauf zu bauen. Die fortschreitende Digitalisierung der Wirtschaft verändert die Strukturen nicht nur im deutschen Einzelhandel nachhaltig. Immer mehr Hersteller und Dienstleister bauen eigene E-Commerce-Aktivitäten auf und übernehmen selbst Handelsfunktionen im Rahmen eines Vertikalierungsprozesses. Das Thema Digitalisierung stand bereits im Mittelpunkt der diesjährigen BGA-Geschäftsführerkonferenz. In der Diskussion wurde deutlich, dass die Mitgliedsverbände des BGA und die verschiedenen Großhandels- und Dienstleistungsbranchen in unterschiedlicher Weise von diesem Megatrend beeinflusst werden. Der BGA hat angekündigt, diese Entwicklung mit einem Arbeitskreis begleiten zu wollen.

Digitale Transformation

Neben den hieraus resultierenden unternehmens- und branchenspezifischen Herausforderungen macht die Digitalisierung auch Veränderungen der rechtlichen Rahmenbedingungen auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene erforderlich. Der Staat ist seinerseits gefordert, die notwendige IT-Infrastruktur zur Verfügung zu stellen.

Der neu zu gründende BGA-Arbeitskreis Digitalisierung soll dem Informationsaustausch zwischen den Verbänden dienen, branchenrelevante Entwicklungen frühzeitig erkennen helfen, Handlungsoptionen für gesetzgeberisches Handeln erarbeiten und damit die lobbyistischen Aktivitäten des BGA in diesem Themenfeld vorbereiten und unterstützen.

Wissen über Chancen digitalen Wirtschaften im Mittelstand bisher noch wenig verbreitet

Die zunehmende Digitalisierung stellt gerade mittelständische Unternehmen vor enorme Herausforderungen. Nur wer Veränderungen als Normalzustand begreift, wird mit der digitalen Transformation Schritt halten und sie gestalten können. Mit der Förderinitiative „Mittelstand 4.0 – Digitale Produktions- und Arbeitsprozesse“ der Bundesregierung soll die konsequente Digitalisierung der Beschaffungs-, Produktions- und Distributionsprozesse bei kleinen und mittleren Unternehmen über alle Branchen hinweg maßgeblich vorangetrieben werden. Dazu entstehen derzeit unter anderem bundesweit vier „Mittelstand 4.0-Agenturen“, die durch einen gezielten und zielgruppenspezifischen Wissenstransfer das Know-how in den Unternehmen zu Digitalisierungsthemen verbessern. Mit Entwicklungen und Herausforderungen des B2B- insbesondere des Produktionsverbindungshandels wird sich die ‚Mittelstand 4.0-Agentur Handel‘ beschäftigen.

Hinter der Agentur stehen das IFH Köln und ibi research, die mit ihrer langjährigen Expertise in Fragen rund um Handel und E-Commerce nun im Rahmen von Mittelstand 4.0 dazu beitragen, kleine und mittlere Unternehmen (KMU) fit für das digitale Zeitalter zu machen.

[André Schwarz]

- ① Der BGA-Arbeitskreis Digitalisierung steht allen Mitgliedsverbänden des BGA offen und zielt ab auf Vertreter aus dem Hauptamt und aus Unternehmen. Bei Interesse und weiteren Informationen wenden Sie sich bitte an André Schwarz, Email: andre.schwarz@bga.de oder per Telefon: 030-590099521

AUSSENWIRTSCHAFT

TTIP-Beirat diskutiert Nachhaltigkeit und Arbeitnehmerrechte

Der von Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel einberufene TTIP-Beirat tagte zum neunten Mal. Unter Leitung von Iris Gleicke, Mittelstandsbeauftragte der Bundesregierung und Parlamentarische Staatssekretärin, standen besonders die Themen Nachhaltigkeit und Arbeitnehmerrechte im Fokus.

Rupert Schlegelmilch, Direktor in der Generaldirektion Handel der EU-Kommission, informierte die Teilnehmer über den aktuellen TTIP-Verhandlungsstand und über die Zielsetzung der EU-Kommission bei den oben genannten Schwerpunktthemen dieser Sitzung. Aus den Reihen des Beirats stellte Florian Moritz vom Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB) die Sicht seiner Organisationen dar.

In einem eigenen Nachhaltigkeitskapitel sollen bei TTIP konkrete Maßnahmen wie zum Beispiel die Förderung des Handels mit umweltfreundlichen, energie- und ressourceneffizienten Waren, Technologien oder ein umweltbewusstes öffentliches Beschaffungswesen verankert werden. Bei keinem der Themen, über die verhandelt wird, steht jedoch das bestehende Schutzniveau im Gesundheits-, Lebensmittel- oder Verbraucherbereich zur Disposition. Die EU wird keines ihrer grundlegenden Gesetze zum Schutz von Menschen, Tieren oder Umwelt aufheben.

Zudem sind die Mitbestimmung, das Betriebsverfassungsrecht und die Tarifautonomie keine nichttarifären Handelshemmnisse und daher kein Gegenstand der TTIP-Verhandlungen. Unternehmen müssen auch mit TTIP die in Deutschland geltenden Vorschriften beachten.

[Marcus Schwenke

Sechste Auflage von „Africa meets Business“

Über 225 Teilnehmer nahmen Mitte März an dem mittlerweile traditionellen Austausch zwischen Wirtschaft, Politik, Verwaltung und Diplomatischen Corps in Berlin teil. Ziel des Austausches ist, die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Deutschland und den afrikanischen Länder zu vertiefen. Die Veranstaltung wurde von dem Arbeitskreis Afrika der CDU/CSU Bundestagsfraktion organisiert und fand zum sechsten Mal statt. Dr. Gerd Müller, Bundesminister für

wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, forderte in seinem Grußwort Hermes-Deckungen für mehr afrikanische Länder. Zudem betonte er die Notwendigkeit, die Zusammenarbeit zwischen den europäischen und den nordafrikanischen Staaten zu stärken.

[Anna Peter]

STEUERN

Anstieg der angemeldeten Umsätze auf 5,9 Billionen Euro im Jahr 2014

Im Jahr 2014 gaben rund 3,2 Millionen Unternehmen eine Umsatzsteuer-Voranmeldung mit einem voraussichtlichen Umsatz in Höhe von 5,9 Billionen Euro (ohne Umsatzsteuer) ab. Wie das Statistische Bundesamt (Destatis) weiter mitteilt, stieg der Wert der Lieferungen und Leistungen (Umsatz) gegenüber 2013 um 1,8 % an. Die Zahl der Steuerpflichtigen sank im Vorjahresvergleich minimal um 0,1 %. Die aus den angemeldeten Umsätzen resultierenden Umsatzsteuer-Vorauszahlungen summierten sich 2014 auf 155 Milliarden Euro (+ 4,2 %).

 DESTATIS-Pressemitteilung (Auszug) vom 8. März 2016

SOZIALPOLITIK

Nahles will Lebensleistungsrente

Nachdem die Große Koalition zu Beginn der Legislatur bereits mit der „Mütterrente“ und der „Rente mit 63“ zwei teure Projekte in der gesetzlichen Rentenversicherung umgesetzt hat, will die Bundesarbeitsministerin Andrea Nahles nun auch noch bis Jahresende die ebenfalls im Koalitionsvertrag vereinbarte „Solidarische Lebensleistungsrente“ anpacken.

Zur Erinnerung: laut Koalitionsvertrag sollten langjährig Versicherte (40 Jahre) mit weniger als 30 Rentenentgeltpunkten durch eine Aufwertung der erworbenen Ansprüche bessergestellt werden. Dabei sollten auch bis zu fünf Jahre Arbeitslosigkeit wie Beitragsjahre berücksichtigt werden. Voraussetzung dafür sollte laut Koalitionsvertrag eine zusätzliche Altersvorsorge (Riesterrente) sein. In einer zweiten Stufe sollten jene Menschen, die trotz dieser Aufwertung nicht auf eine Rente von 30 Entgeltpunkten kommen, je-

doch bedürftig sind, einen weiteren Zuschlag erhalten. Die Finanzierung sollte aus Steuermitteln erfolgen.

Die Ankündigung der Bundesarbeitsministerin, die Lebensleistungsrente nun auch noch anzupacken, hat für Verstimmung in der Union gesorgt. Die Idee klingt zwar zunächst sehr sozial. Die Gesetzliche Rentenversicherung ist aber technisch gar nicht in der Lage, zwischen den Ursachen zu unterscheiden, die zu einer niedrigen Rente führen.

Ob der Verdienst trotz Vollzeitarbeit zu gering war oder der Versicherte sich freiwillig auf Teilzeitarbeit beschränkt hat, kann die Rentenversicherung nicht unterscheiden. Eine niedrige gesetzliche Rente bedeutet auch nicht automatisch, dass deren Empfänger auch bedürftig ist. Auch darüber bleibt die Rentenversicherung im Unklaren. Die Folge: Von einer steuerfinanzierten „solidarischen Lebensleistungsrente“ würden auch solche Personen profitieren, die gar nicht zu den vermeintlich schutzbedürftigen Niedriglohneempfängern gehören.

Die Lösung ist denkbar einfach: Erstens sollte die Gesetzliche Rentenversicherung nicht zweckentfremdet werden. Sie hat schließlich nur eine Verstetigung des Einkommensflusses im Lebenszyklus zur Aufgabe und nicht die Sicherung eines Grundeinkommens. Zweitens schützt die Grundsicherung Bedürftige vor einem Leben unterhalb des Existenzminimums – und den Steuerzahler vor ungerechtfertigten Mitnahmeeffekten. Wer also die Grundsicherung im Alter für zu niedrig hält, muss über den Bedarf der Hochbetagten argumentieren, statt die Rentenversicherung mit systemfremden Aufgaben zu überfrachten und Steuergelder mit der Gießkanne zu vergeuden.

[Denis Henkel]

KONJUNKTUR

Gelungener Start: Produktion legt im neuen Jahr zu

Erfreuliche Zahlen meldet das Statistische Bundesamt für die Produktion im Produzierenden Gewerbe. Gegenüber dem Vormonat nahm diese im Januar um 3,3 Prozent zu. Im Bereich der Erzeugung legte sie um 3,2 Prozent zu. Vor allem im Baugewerbe wurde ein außergewöhnlich hoher Anstieg von 7,0 Prozent verzeichnet. Zu verdanken ist dies der Erzeugung im Ausbaugewerbe, das einen kräftigen Sprung von 17,6 Prozent meldete. Im Bereich der Investitionsgüter wurde ein Plus von 5,3 Prozent konstatiert. Die Konsumgüter-

terproduzenten konnten sich mit 3,7 Prozent anschließen. Nach einem verhaltenen Abschlussquartal im Jahr 2015 erwartet der BGA eine moderate Erholung im Bereich der Produktion. Der Anstieg der Erzeugung entwickelt sich wie die Auftragseingänge stabil.

[Julius Kempe]

FINANZIERUNG

Unternehmensfinanzierung: Unsicherheit in Europa

Die Konjunkturrisiken für Deutschland sind in den letzten Wochen spürbar gestiegen. Die wirtschaftliche Abschwächung in China setzt sich weiter fort. Hinzu kommt, dass die Kapitalflucht aus den Emerging Markets noch nicht gestoppt ist. In den rohstoffexportierenden Schwellenländern wachsen die Finanzierungsprobleme der öffentlichen Haushalte. Auch die Diskussion über einen Brexit erzeugt einen faden Beigeschmack. Dabei würde dieser die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen nicht nur in Großbritannien, sondern in ganz Europa verschlechtern. Dies ist die Einschätzung des Bundesverbandes deutscher Banken in seiner jüngsten Lagerberichterstattung zur Unternehmensfinanzierung.

Nichtsdestotrotz sind die deutschen Unternehmen gut aufgestellt. Die Ertragskraft und die Eigenkapitalausstattung (29,5 Prozent) sind solide. Die Eigenkapitalquote stieg im sechsten Jahr in Folge. Dagegen sank die Zahl der Insolvenzen.

Aus Sicht des BGA führen die neuesten Entwicklungen zu einer Risikoscheue der Teilnehmer an den Finanzmärkten. Die Investitionsneigungen von Unternehmen könnten beeinträchtigt werden. Die Entscheidungen der Europäischen Zentralbank (EZB) im März zu einer erneuten Lockerung der Geldpolitik könnte den leichten Aufwertungstrend des Euro stoppen. Erhöhte Aufmerksamkeit muss in diesem Jahr dem Maßnahmenpaket des Baseler Ausschuss gewidmet werden. Basel IV wird mitunter darauf abzielen, die Eigenkapitalquoten der Banken noch einmal spürbar zu erhöhen. Es ist davon auszugehen, dass sich die Kreditvergabe für Banken bei schwächeren Kundenbonitäten sowie langfristige Kredite erschweren wird.

[Julius Kempe]

AGRAR- UND ERNÄHRUNGS- WIRTSCHAFT

Food Policy Committee tagt in Brüssel

Die erste Sitzung des Food Policy Committees von Euro-Commerce, dem Europäischen Dachverband des BGA, fand im März in Brüssel statt. Aus Sicht des BGA waren dazu insbesondere folgende Themen von Bedeutung:

Zum Thema „alcohol warning labelling“ wurde berichtet, dass Mitgliedstaaten wie z. B. Großbritannien, Irland, Frankreich und Litauen hierzu nationale Vorschriften erlassen wollen. Diese adressierten zwar in erster Linie die nationalen Einzelhandelsunternehmen. Allerdings müsse anhand der konkreten Regelungen überprüft werden, ob diese auch Auswirkungen auf Großhändler haben, die in diese Länder exportieren wollen.

Mit Blick auf die Themen EU-Öko-Verordnung und EU-Kontroll-Verordnung wurde ausgeführt, dass die Trilogverhandlungen hierzu jeweils sehr langsam voran gingen. Für die EU-Öko-Verordnung wurde ausgeschlossen, dass eine Einigung noch unter niederländischer Ratspräsidentschaft (bis Ende Juni 2016) erzielt wird. Hinsichtlich der EU-Kontroll-Verordnung strebe die aktuelle Ratspräsidentschaft eine Einigung bis zum Sommer an. Allerdings seien auch hier noch Fragen offen. Unter anderem sei die Position des Rates zur Frage der Gebühren sehr fragil. Der BGA setzt sich dafür ein, dass Unternehmen grundsätzlich nur dann die Kosten von amtlichen Futtermittel- und Lebensmittelkontrollen tragen sollen, wenn die Unternehmen dafür einen Anlass gesetzt haben. Diese Position wird gegenwärtig auch vom Rat befürwortet.

[Sebastian Werren]

VERKEHR

Güterverkehr 2015: Erneut Rekordwert beim Transportaufkommen

In Deutschland wurden 2015 mehr Güter transportiert als je zuvor. Nach vorläufigen Angaben des Statistischen Bundesamtes (Destatis) stieg das Transportaufkommen gegenüber dem Vorjahr um 1,1 % auf 4,5 Milliarden Tonnen. Damit wuchs der Güterverkehr in Deutschland im dritten Jahr in Folge. Auf Deutschlands Straßen wurden mehr Güter trans-

portiert, auch die in Rohrleitungen beförderte Rohölmengenzunahm zu. Im Eisenbahnverkehr, im Seeverkehr und in der Binnenschifffahrt ging das Transportaufkommen hingegen zurück. Die Gütermenge im Luftverkehr stagnierte 2015.

Zitat der Woche

**»Im Online-Handel gilt: 1 Sekunde
Verzögerung beim Seitenaufbau =
10 % weniger Umsatz.«**

The Future of the Internet, <http://bit.ly/1QBmbYC>

Impressum

Herausgeber: Bundesverband Großhandel, Außenhandel,
Dienstleistungen e.V. | 10873 Berlin
Telefon: 030 590099-50 | Telefax 030 590099-519
info@bga.de | www.bga.de

Chefredaktion und V.i.S.d.P.: André Schwarz
Redaktion: Iris von Rottenburg
(in Zusammenarbeit mit den BGA-Fachabteilungen
und den BGA-Mitgliedsunternehmen)

Redaktionsschluss: 21. März 2016
»DIREKT AUS BERLIN« erscheint wöchentlich